Schutzverband gegen Flughafen-Bahnanschluss

Kantonsregierungen wehren sich: SP-Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer lobbyierte in Bern

Von Markus Vogt und Daniel Ballmer

Basel/Liestal. Das Bundesamt für Verkehr (BAV) hat in der Region für einige Aufregung gesorgt: In der gestrigen BaZ äusserte der neue BAV-Direktor Peter Füglistaler harsche Kritik am Lobbying der beiden Basel in Bern. Als Beispiel nannte er den Bahnanschluss an den EuroAirport. Erst «unlängst» hätten bei ihm zwei Delegationen aus der Region vorgesprochen: «Die eine Delegation warb für einen raschen Anschluss an den Flughafen, die andere Delegation kam ein paar Tage später und sprach sich dagegen aus», sagt Füglistaler. Offenbar machten die Skeptiker mögliche Einsprachen der Anwohner wegen Lärm dafür geltend.

Verschiedene Bundesparlamentarier aus der Region zeigten sich wenig erstaunt über die Kritik aus Bern. Es komme immer wieder vor, dass die beiden Basel auch dem Bund gegenüber nicht am gleichen Strick ziehen würden, wurde unter anderem kritisiert.

Gemeinsam in Bern

Diese Kritik wollen die Kantonsregierungen von Basel-Stadt und Baselland nicht auf sich sitzen lassen. Sie stünden geschlossen hinter einem Bahnanschuss zum EuroAirport, betonen sie in einem gemeinsamen Communiqué. Diese Haltung hätten die Regierungsmitglieder Hans-Peter Wessels (BS) und Sabine Pegoraro (BL) im Beisein von BAV-Direktor Füglistaler aufgezeigt. Dies geschah Ende Januar 2012 an einem Treffen mit dem Verwaltungsratsausschuss des Flughafens EuroAirport. Die beiden Regierungen hätten bei diesem Geschäft also nicht unterschiedliche Signale nach Bern gesandt, wie Füglistaler in der BaZ angedeutet hatte. Beim BAV wurde gestern denn auch zerknirscht eingeräumt, dass man sich wohl missverständlich ausgedrückt habe.

Klar ist mittlerweile, wer beim Bundesamt eine ablehnende Haltung zu dem Projekt eingenommen hat: Es war eine Delegation des «Schutzvebands der Bevölkerung um den Flughafen Basel-Mülhausen», bestehend aus der Präsidentin Madeleine Göschke, alt Landrätin der Grünen aus Binningen, der Vizepräsidentin und Baselbieter SP-Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer und dem Basler EVP-Grossrat Christoph Wydler. Die Befürworter, die zuvor beim Bundesamt vorgesprochen hatten, waren der Baselbieter SP-Ständerat Claude Janiak und eine Delegation der Flughafen-Geschäftsleitung.

Bedenken wegen mehr Verkehr

Madeleine Göschke bestätigt der BaZ auf Anfrage, dass sich die Schutzverbands-Delegation zum Bundesamt aufgemacht habe, um zu sondieren, was in dieser Sache überhaupt vor sich gehe. Das sei nicht in jüngster Zeit, sondern schon vor mehreren Monaten geschehen. «Bis jetzt gibt es ja noch kein konkretes Projekt. Wir wollten erfahren, auf welchem Planungsstand die Geschichte ist, wie Frankreich dazu steht, wie sich Baselland und Basel-Stadt dazu stellen. Bei dieser Gelegenheit haben wir vom Schutzverband Vorbehalte und Bedenken angemeldet: Wir sind nicht begeistert, wenn an diesem Flughafen mehr Verkehr entsteht», erklärt Göschke.

Mittlerweile wisse man, dass Frankreich stark auf den Bahnanschluss dränge: Die Franzosen wollten den Flughafen Strassburg mehr oder weniger aufheben und den Flugverkehr nach Basel transferieren, was aber der Schutzverband keinesfalls schlucken wolle, sagte Göschke. Susanne Leutenegger Oberholzer konnte gestern keine Stellung nehmen.

Enttäuscht darüber, dass seine Parteikollegin Leutenegger Oberholzer ohne das Wissen von Regierung und Ratskollegen in Bern vorstellig geworden ist, zeigt sich der Baselbieter Ständerat Claude Janiak, der sich seit Jahren für den Bahnanschluss einsetzt. «Ich bin konsterniert.» Natürlich könne man anderer Meinung sein. Es sei aber irritierend, wenn hinter dem Rücken der zuständigen Parlamentarier lobbyiert werde – und das ausgerechnet von Parlamentsmitgliedern, die meist am lautesten nach einer gemeinsamen Stimme aus der Region riefen. «Auch nach zwölf Jahren in Bundesbern kann ich offenbar noch immer dazulernen», kommentiert Janiak.

Froh darüber, dass die beiden Kantonsregierungen nun nicht mehr unter Verdacht stehen, zeigt sich der Basler Regierungsrat Christoph Brutschin: «Bei diesem Geschäft sind wir uns wirklich einig.»